

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interests haben die achtspaltige Kompartimentszeile oder deren Raum 1,20 M., Werbestellen das letzte Drittel des Wortes 25 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Erwerbungsbeitrag 10 Pf. Bei Inseraten u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgetragen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9765

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Streik der Metallarbeiter.

Die Streiklage.

Der Streik der Metallarbeiter gewinnt immer noch an Umfang, und zwar nicht nur infolge des Streiks der Maschinen und Feiler. Auch in anderen Betrieben dehnt sich der Streik weiter aus, ein Zeichen, daß die Behauptung, die Arbeiter seien streikmüde und mit der Streikleitung unzufrieden, ins Reich der Fabel gehört. Die organisierten Metallarbeiter stehen nach wie vor geschlossen und in guter Disziplin in Reich und Glied. Jene Behauptung wird von bürgerlichen Blättern, vor allem auch hier wieder vom „Berliner Tageblatt“, das seit der Revolution in allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen den Wettbewerb mit den schlimmsten Scharfmacherblättern alljährlich bezieht, täglich von neuem ausgebreitet, um einen Widerspruch zwischen Streikleitung und Arbeiterchaft zu konstruieren, um davon die Verleumdung abzuleiten zu können, der Streik sei gegen den Willen der Arbeiterchaft von „politischen Drahtziehern“ gemacht und werde für politische Zwecke künstlich forciert. Heute sind wieder fünf weitere Betriebe endgültig hinzugefügt worden, indem die letzten Arbeitergruppen die Arbeitsstätten verlassen haben. Die Zahl der Streikenden ist damit abermals um 800 Köpfe vermehrt worden.

Ueber die Stellung des Metallarbeiterverbandes zu der neuen Verhandlungsbasis wird erst im Laufe des heutigen Nachmittags endgültig beschlossen werden.

Neue politische Hege gegen die Streikenden.

Das kritische Stadium, in dem sich der Metallarbeiterstreik infolge der Weigerung der Unternehmer gegenüber den Vermittlungsbestrebungen des Reichsarbeitsministeriums befindet, wird von der bürgerlichen Presse benutzt, um neue Verleumdungen — oder richtiger, um die alten Verleumdungen in neuer, aber keineswegs origineller Ausprägung gegen die Kämpfenden zu schleudern. Die für die Scharfmacher äußerst mißliche Situation ist auf eine andere Art nicht zu retten. Allen voran geht das „Berliner Tageblatt“. Es widmet dem Streik einen Artikel an leitender Stelle, der mit dem Scherz beginnt: „Der Streik der Berliner Metallarbeiter ist mehr und mehr zu einem Kampf um die politische Macht geworden.“ Was folgt, ist der übliche Unsinn. Die gegenwärtige Streikstelle werde von den „radikalen Führern“ benutzt, um „dem politischen Umsturz den Weg zu bereiten“. Wer daran noch gewisselt habe, der müsse durch den getriggen Aufruf an die Feiler und Maschinen von allen Zweifeln befreit sein. Da hier ganz offen die Absicht ausgesprochen werde, das Verkehrs- und Wirtschaftsleben Groß-Berlins lahmzulegen, sei klar, daß die Streikführung von politischen Motiven geleitet werde.

Wozu zu bemerken wäre, daß der Streik der Maschinen und Feiler lediglich den ausgesprochenen Zweck hat, den Gesamtstreik zu einem schnelleren Ende zu führen. Diese Tatsache, die der Deffektivität seit mehr als einer Woche bekannt ist, wird vom „Berliner Tageblatt“ allzu unterdrückt, da sie allein genügt, um die Darstellung des Blattes als Fabel zu kennzeichnen.

Auch die Ereignisse selbst lassen die Auslegung des bürgerlichen Blattes als lägenhafte Verdrehung erscheinen. Keine Streikbewegung ist in den letzten Monaten so ruhig und zurückhaltend und so ausschließlich korrekt mit geschickten Mitteln geführt worden, wie dieser Nietenkampf der Metallarbeiter. Aber eben darum, weil es dadurch nicht möglich ist, die Rodemittel des Staates gegen die Einzelkinder mobil zu machen, darum sollen der Bewegung — koste es, was es wolle — Motive untergeschoben werden, die der Staatsgewalt Anlaß zum Eingreifen geben könnten. Und damit kennzeichnet sich die Schreibweise des „Berliner Tageblattes“, die nicht auf Unkenntnis der Dinge beruht, sondern aus bewußtem Willen zur Verleumdung entspringt, als Hege niedriger Art, wahrhaft würdig eines Mannes, der als Arbeiterrat noch vor kurzer Zeit an der Seite der streikenden Metallarbeiter saß.

Greifend offen ist dagegen die „Post“, die in einem langen Sozialistenaufsatz fordert, daß die Streikenden als „Verbrecher am Volk“ zu werten und demgemäß als Verbrecher zu behandeln seien: „Das Justizhaus mit den Verurteilten des Volkes!“ Und weiter sei nötig, daß man ein Reichsgesetz mache, das für die Dauer eines Jahres alle Streiks verbiete!“ Weiter schreibt das Blatt:

„Es gibt kein anderes Mittel. Nur, was hier auf einem Kompromiß hinausläuft, ist akzeptabel. Kein anderer Weg führt zum Ziel. Dieser aber führt ins Freie. Nur wenn wir die aus-

uns androtzen, die an unserem Werk gehoren, gewinnen wir die Freiheit, die uns allen frommt.“

Da also! Nun weiß die Arbeiterchaft doch wenigstens ganz genau, wie die Freiheit aussieht, die die Kämmerindustrielle „Post“ braucht, um die kapitalistische Ordnung vor ihren „Verbrechern“, den Arbeitern, zu schützen. Und Forderungen solcher Art sind durchaus ernst zu nehmen, denn der Einfluß der hinter der „Post“ stehenden Kreise ist stärker, als zumeist angenommen wird.

Es ist schon so, wie wir von Anfang an sagten. Der Kampf der Metallindustriellen gegen die Berliner Metallarbeiter ist in der Tat ein Machtkampf, der sich letzten Endes gegen jede ernsthafte Gewerkschaftsbewegung, gegen die freie Anwendung des Streikrechts richtet. Es gilt, die Arbeiterchaft unter die Diktatur der Schiedsgerichte zu beugen, und in der Reichsregierung sind starke Reizeungen fühlbar, die in der gleichen Richtung wirken. Dadurch, durch diese Absichten der Gegner der Arbeiterchaft, bekommt der Kampf allerdings eine gewisse politische Abtönung, nicht durch den Willen der Arbeiter, der sich lediglich auf wirtschaftliche Ziele richtet.

Die Tagung des Metallarbeiterverbandes.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Stuttgart, 16. Oktober.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit dem Referat Dismanns, das zu einer furchtbaren Aberschmung mit der Verhandlungspolitik wurde. Dismann fesselte die Aufmerksamkeit der Generalversammlung in 25-minütigem Vortrag, das unterbrochen wurde von zunehmenden Beifallsausbrüchen der Opposition. Die Vertreter der Verbandspolitik spalteten durch Zwischenrufe lebhaft mit. Sie wurden aber von Dismann in schloßfertiger Weise, unter dem Beifall der Opposition, gründlich abgefertigt. Dismanns Referat war von prinzipieller Klarheit getragen, die den Verhandlungen des Verbandstages eine Höhe gab, die nicht mehr übertraffen werden kann.

In den Eingang seiner Ausführungen stellte Dismann die Erkenntnis, daß wir uns in der Epoche der Kämpfe von entscheidender Bedeutung für den Sozialismus befinden, daß wir den Blick des letzten Metallarbeiters auf das Endziel richten müssen, daß wir aber dabei die Kleinarbeit des gewerkschaftlichen Kampfes, den Kampf mit dem Einzelunternehmer, nicht unterschätzen oder außer acht lassen dürfen. Dismann wies darauf hin, daß die Haltung der Opposition schon auf dem Verhandlungsweg in Abn durch die Entweihung gerechtfertigt ist. Der Vorstand könne sich auch nicht auf die Beschlässe von Köln stützen, denn er habe nachher erkennen müssen, wohin die Entwicklung führe. Auch nach dem Ausbruch der Revolution sind die Vertreter der Verbandspolitik in der Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmertum, in der Koalition mit dem Bürgertum ihrer früheren Haltung treu geblieben.

Besonders wichtig war die Abstrafung der Vorstandsfreunde, als Dismann auf die Wirkungen des Krieges hinwies, wofür er mit Recht alle die Parteien und Organisationen mitverantwortlich machte, die das System bis zum Ausbruch der Revolution gestützt haben. Nach seiner Kritik an der Verbandspolitik während des Krieges wandte sich Dismann der Haltung des Vorstandes seit Ausbruch der Revolution zu. Schlag auf Schlag wies Dismann das Behängnis dieser Haltung für die Arbeiter nach. Er hob hervor, daß die Mehrheit der Metallarbeiter schon zum Münchener Generalkongress der Generalkommissionenpolitik das Vertrauen verlor. Hier wäre es nicht anders. (Stürmischer Beifall.)

Dismann zeigte die Absichten der Unternehmer, die Löhne abzubauen, wobei er als Beispiel auf Frankfurt verwies, wo die Unternehmer in geheimer Sitzung die Absicht bekundeten, die Löhne um 45 Prozent abzubauen, vorher müßten aber Reichswehrtruppen herangezogen werden. Weiter geißelte Dismann die Sabotage der Revolution durch die Rechtssozialisten, wobei er auch die Frage des internationalen Zusammenarbeitens des Proletariats behandelte. Er könne auch nicht bestreiten, daß Reichel gesagt habe, es müsse organisch abstrahiert werden. Arbeiter müsse gesagt werden, daß während der Revolution nicht das geschehen ist, was hätte geschehen müssen. Schonungslos kritisierte der Referent, was der Verbandsbereich über das Kaiserreich und über Ausland sagt. Ueber die praktische Durchführung der oppositionellen Auffassung verlangt Dismann demokratischen Ausbau des Verbandes. Reichel hätte gesagt, die Wahlbeteiligung zum Verbandstag sei zu gering gewesen, daß die Opposition nicht sagen könne, sie hätte die Mehrheit der Mitglieder. Demgegenüber erklärte Dismann, wie doch auf einmal der Verband zu der Erkenntnis kommt, was er noch früher, als die Opposition doch gering war, von der schlechten Wahlbeteiligung fast gar nichts merkte.

Am Freitag früh hat Korreferent Nummer das Wort.

Die neue Sozialpolitik.

Die Nebenart von einem höheren Allgemeininteresse, wofür das Interesse der Klassen und „Stände“ zurückzutreten habe, dieser demagogische Trick, der verwirrten Hirnen entspringt oder auf Verwirrung der Köpfe berechnet ist, spielt neuerdings wieder eine Rolle bei der öffentlichen Erörterung sozialpolitischer Fragen. Bei Ausbruch des Krieges war es das angeblich bedrohte nationale Interesse, das alle Teile der Bevölkerung zu gleichem Denken und Handeln zusammenzuführen sollte, heute, nach dem Niederbruch der verbrecherischen Kriegspolitik, ist es das wirtschaftliche Elend, die Folge jener Außenpolitik, die den Krieg heraufbeschworen und bis zum Weißbinten durchgehalten hat, das dem Verede von einem gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse aller „Volksgenossen“ als Vorwand dient. Worauf zunächst zu erwidern wäre, daß alle bisherigen Maßnahmen der Regierung — der angeblichen Vertreterin der Gesamteressen — zur Beseitigung des wirtschaftlichen Elends in der einseitigen Begünstigung der bestehenden Klassen, der Minderen und Blinder des Volkes besaßen, während alle Forderungen der Arbeiter abgewiesen worden sind. Liebevollste Fürsorge für das Kapital und die Bourgeoisie, dürftige Scheinreformen zur Linderung des Proletariats und Maschinengewehre gegen diejenigen Arbeiter, die den Ländungen nicht zum Opfer sollen, sondern ihren Kampf gegen das Kapital unbeeinträchtigt führen, sind die Bestandteile der Wirtschaft- und Sozialpolitik der Regierung, die sich eine sozialistische nennt. Und da das eine aus dem anderen, das Wirtschaftselend aus der Kriegspolitik folgt, ist es kein Wunder, daß die Rechtssozialisten, die so intim an der Kriegslügenpolitik beteiligt waren, auch der neuen sozialen Demagogie willige Gefolgshaft leisten, ja sogar in der Regierung und in der Presse die Führung übernehmen.

Der Reichskanzler Bauer hat in seine großen Rede unter dem Jubel der bürgerlichen Abgeordneten weitere sozialpolitische Maßnahmen angekündigt, die sich auf der gleichen Linie bewegen sollen. Er kündigte an, daß man den „Mißbrauch“ der Erwerbslosenunterstützung steuern werde, indem alle Arbeitsstellen der Unterstützung verlustig gehen sollen, wenn sie die Annahme der ihnen zugewiesenen Arbeit verweigern. Bei dem gegenwärtigen interimistischen Zustande der Erwerbslosenfürsorge, bei dem die Leistung und vor allem die Entscheidung über Zweifelsfälle bei der Zuteilung der Unterstützung nahezu vollständig in der Hand verständnisloser Bureaukraten liegt, die dem Erwerbslosen gegenüberstehen wie der Armenortlieb dem Almosenempfänger, würden Bestimmungen solcher Art ungeheure Härten für die Arbeiter zur Folge haben. Härten, die die Arbeitslosenfürsorge aus einem Instrument der sozialen Hilfe für die durch die Wirtschaftskrisen benachteiligten Schichten zu einem Instrument der Züchtigung und Demütigung der Arbeitslosen machen. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, welchen ungeheuren Schäden verständnislose Arbeitsnachweisertraktat nach dem Inkrafttreten einer solchen Bestimmung anrichten können, wenn sie Arbeit an Personen vermitteln, die infolge ihrer unzulänglichen körperlichen Befähigung oder ihrer Berufsvorbildung gar nicht in der Lage sind, die ihnen zugewiesene Arbeit auszuführen. Man darf sich in der Regierung nicht wundern, wenn in der Arbeiterchaft ein großes Mißtrauen nach dieser Richtung besteht, nachdem der Polizeiminister in Preußen, Herr Heine, bereits verkündet hat, daß infolge eines Streiks gemahregelte Arbeiter keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Schon durch diese Verfügung wird die Erwerbslosenunterstützung zu einer Brämie für den Streikbruch gestempelt.

Will man die Erwerbslosenfürsorge reformieren, so schaffe man ein endgültiges Gesetz, das das Recht auf Empfang der Unterstützung allgemein und für den Einzelfall unzweideutig festlegt, und daß vor allem — nach dem Muster der Krankenkasse, aber in verbesserter Form — der Arbeiterchaft entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung und Organisation, sowie auf die Entscheidung in Zweifelsfällen einräumt.

In einem besonderen Maß aber erscheinen diese Absichten in Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge, wenn man sie im Zusammenhang mit weiteren Ankündigungen des Reichskanzlers betrachtet, die sich auf die Beurteilung der Streiks und auf ihre Behandlung beziehen. Der Reichskanzler sprach von der Notwendigkeit einer Neuordnung des Schlichtungswesens, dessen Ziel das obligatorische Schiedsgericht für alle Streitfälle sein soll, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben. Die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat in einem Kommentar zu den An-

Führungen Daners: „Der Weg, den uns die Zukunft zeigt, geht nicht dahin, durch Einstellung der Arbeit den Ausgleich zwischen den Forderungen der Arbeiter und der Arbeitsleistung zu schaffen, sondern er zeigt hin auf das für alle Teile bessere Verfahren des friedlichen Ueber-einkommens. Diesem Verfahren soll die neue Regelung des Schlichtungswesens dienen, die der Reichskanzler in der Gestalt einer kommenden Schlichtungsordnung anfündigte.“

Obwohl die Rede des Kanzlers äußerst vorsichtig ist, läßt sie doch Abstrichen erkennen, vor deren Verwirklichung nicht rechtzeitig und eindringlich genug gewarnt werden kann. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont in ihrem Kommentar, daß die Worte des Kanzlers die Frage offen lassen, ob es schon jetzt möglich sein wird, das obligatorische Schiedsgericht als allgemein anerkannte Instanz herzustellen. Bleibt diese Frage offen, so besteht durchaus die Möglichkeit, daß sie demnächst von den entscheidenden Faktoren bejahend beantwortet wird.

Solange die Garantie nicht gegeben ist, daß einer arbeiterfeindlichen Bureaukratie jeder Einfluß auf die Bildung und die Entscheidungen der Schlichtungskämter genommen ist, ist der Zwang zur Beilegung von Lohnstreitigkeiten auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens ein Uebel.

Jede Organisation wird bereit sein, über Lohnstreitigkeiten vor einem Schlichtungsausschuß zu verhandeln, oder keine Gewerkschaft, die sich ihrer Pflicht bewußt ist, kann sich zur widerspruchsfreien Unterwerfung unter den Spruch eines Schlichtungsausschusses verpflichten, solange in der Sozialpolitik jene arbeiterfeindliche Tendenz wirksam ist, die wir eingangs kennzeichneten, die unter dem Vorzeichen des Allgemeininteresses im Auge zu haben, die Unternehmervorteile einseitig begünstigt, die den berühmten „Ausgleich“ zwischen den Interessen der Massen und der Gesamtwirtschaft herbeizuführen sucht, auf Kosten der Arbeiterklasse. Und darum haben sich die deutschen Gewerkschaften in der Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge und des obligatorischen Schlichtungswesens — zwei Dinge, die in der Gesetzgebung und Praxis nicht von einander zu trennen sind — von jeher sehr zurückhaltend und vorsichtig benommen. Sie haben sich entschieden dagegen gewehrt, das Recht zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung eines Schiedspruches aus der Hand zu geben und die Bestimmung über Krieg und Frieden im Gewerbe in die Hand eines Schlichtungsausschusses, d. h. in die Hand eines oder mehrerer Konfliktanten in die Hand eines Einzelnen, des „unparteiischen“ Vorsitzenden, zu legen. Und die bisherigen Leistungen der republikanischen Sozialpolitik ermutigen nicht zum Verlassen dieses Standpunktes. Es sei denn, daß sich die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen insoweit durch die Teilnahme an den Arbeitersamstagen, so an das Zurückstellen der Arbeiterforderungen zugunsten der in den Forderungen der Unternehmer verkörperten „Allgemeininteresses“ gewöhnt haben, daß sie darin ihre natürliche Aufgabe erblicken, was wir indes noch nicht zu glauben vermögen.

Die Frage ist, ob die Zustände für eine solche Gesetzgebung reif sind. Wir müssen das verneinen. Der scharfe Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse auszeichnet, bildet eine schlechte Grundlage für eine solche Sozialpolitik. Und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß die Klassen Gegensätze durch Zwangsmassnahmen zu überbrücken sind, die einer Einschränkung der freien Anwendung des Streikrechts gleichkämen. Es kommt hinzu, daß in der Arbeiterschaft verschiedene gegensätzliche Strömungen und Auffassungen über die beste Art der gewerkschaftlichen Organisation und Taktik vorhanden sind. Mag dieser Zustand noch so unerfreulich sein, er ist eine bedeutende Tatsache, die von der Gesetzgebung nicht übersehen werden darf. Aus der Anwendung eines obligatorischen Schlichtungswesens in solcher Lage können sich Situationen ergeben, die neuen Schürzen und neue Unruhe in die Arbeiterschaft tragen, also das Gegenteil von dem erreichen würden, was die angefündigte Gesetzgebung sich zum Ziele setzt. Wir

erinnern uns z. B., daß beim Abschluß des Zentraltarifes für das Zimmerergewerbe im Jahre 1910 einige Zahlstellen des Zimmererverbandes sich den gefällten Schiedsprüchen nicht fügten, sondern weiter streikten. Da verlangte der Arbeitgeberverband von dem Zentralvorstand der Zimmerer nichts weniger, als daß diese Zahlstellen aus dem Verband auszuscheiden und den betreffenden Arbeitgebern durch den Zentralvorstand der Zimmerer Arbeitswillige zu besorgen seien. Angesichts der verschiedenen Strömungen in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist die Gefahr solcher Weigerungen einzelner Zahlstellen weit größer als damals. Ist das obligatorische Schiedsgericht mit dem Zwang zur Anerkennung der Schiedsprüche Gesetz, dann trifft solche „unbotmäßigen“ Arbeitergruppen die ganze Strenge des Gesetzes, und es wird gegenwärtig nicht bei der Forderung des Ausschusses der Zahlstellen aus der Zentralorganisation bleiben, sondern die Maschinenengewehre werden gegen die entzogen dem Schiedspruch streikenden Arbeiter in Tätigkeit treten. Und nun werden die öffentlichen Arbeitsnachweise zu Streikbrechervermittlungsstellen, wenn die Arbeitslosen unter Androhung des Unterhaltungsverlustes zur Annahme jeder Arbeit gezwungen werden können.

Wer noch nicht gewußt hat, wo die Inspiratoren einer solchen Sozialpolitik sitzen, dem gibt die Nr. 40 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ Aufschluß darüber. Das Blatt berichtet über eine Denkschrift, die der Deutsche Industrie- und Handelstag der Regierung überreicht hat. Die Denkschrift befaßt sich mit den Erhebungen über die Stilllegung von Betrieben durch die Unternehmer, enthält aber nichts als eine heftige Anklage gegen die Arbeiterschaft. Neben anderen Kennzeichen für das „soziale Verständnis“ des Unternehmertums enthält sie in gedrängter Zusammenfassung eine Reihe von Forderungen, von denen wir die wichtigsten wiedergeben wollen. Sie lauten:

„Beseitigung der Arbeit über die Notwendigkeit der Arbeit, Beseitigung der gesamten Verdrängung, insbesondere der Arbeiterschaft von Seiten der Regierung über die Schäden des Staatssozialismus, die Notwendigkeit der Privatwirtschaft und die Stellung des Unternehmers und des Kapitals im wirtschaftlichen Bereiche; Mitwirkung der Arbeiterführer und der Gewerkschaften; nähere Aufsicht über die Ausführung eines gewissen Arbeitszwanges; Regelung des Streikrechts, Einschränkung des Streiks, strenge Maßnahmen gegen sinnlose und willkürliche Streiks, Beseitigung der politischen Streiks; Ueberführung der Arbeiter dahin, wo sie nötig sind; Beseitigung oder Abbau der Gewerkschaften; Beseitigung der Verdrängung der Arbeiter; Beseitigung der Verdrängung der Arbeiter; Beseitigung der Verdrängung der Arbeiter.“

Das soll einstweilen genügen. Die Regierung wird alle Hände voll zu tun haben, um diese zu einem blühenden Atrium vereinigten Unternehmervorteile zu erfüllen. Wir können es verstehen, daß sie sich für diesen Zweck die Mitwirkung der auf diesem Gebiete besonders sachverständigen Demokraten gesichert hat. Besonders reizvoll finden wir es, daß die Denkschrift der Mitwirkung der „Arbeiterführer und der Gewerkschaften“ bei der Durchführung der geforderten Maßnahmen sicher zu sein glaubt.

Die Arbeiterschaft möge sich also auf das schlimmste gefaßt machen und der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden. Sie muß rüsten, um diese Schläge abzuwehren. Sie muß vor allem ihre großen gewerkschaftlichen Organisationen geschlossen halten und mit jenem Geist erfüllen, der notwendig ist, um den Kampf, den das gesamte Unternehmertum vorbereitet, zu bestehen.

Kuffland in Berlin. Nach einer Meldung der Tribune de Genève ist die deutsche Erhebung der Arbeiterschaft im Kufflande gegen die Regierung in Teheran begriffen. Die Unruhen haben ihre Ursache in dem persisch-englischen Abkommen.

Behördliche Wahlbeeinflussung.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Die Mitglieder der U. S. D. in Oberschlesien haben ein genossenschaftliches Unternehmen gegründet, dessen Zweck die Herausgabe einer unabhängigen Tageszeitung ist. Alles war fertig zum Druck, als dem Geschäftsführer eröffnet wurde, die Kriegswirtschaftsstelle könne kein Papier bewilligen. Während zahlreiche bürgerliche und rechtssoziale Blätter im Papier buchstäblich ertrinken und zu Anzeigenplattos auszuwachen, bewilligt man der nächst dem Zentrum stärksten politischen Partei in Oberschlesien keine Zeitung. Damit nicht genug. Der sozialistische Reichskommissar Göring machte unter Mißachtung der Verfassung die Erteilung der Genehmigung der Herausgabe der Zeitung (in Oberschlesien herrscht Belagerungszustand) zunächst davon abhängig, daß die Papierfrage geregelt sei. Nachdem gewisse dunkle Mächte bei der Kriegswirtschaftsstelle die Verweigerung des Papiers erwirkt hatten, wollten unsere Arbeiter ihre Zeitung auf verkehrsfreiem Papier herstellen. Nun bekannte Herr Göring Farbe und entpuppte sich als der wahre Schürzenredner der durch die Verfassung garantierten Pressefreiheit im „neuen“ Deutschland: er bot das Erscheinen der „Arbeiterpost“ schlechthin!

In Oberschlesien haben im Gogenz zu den anderen Teilen des Reiches die Kommunalwahlen noch nicht stattgefunden dürfen, und ein Jahr ist noch der Novemberumwälzung schuldig, die ober-schlesische Arbeiterschaft noch unter den aus dem alten Dreiklassenwahlrecht hervorgegangenen Gemeindeparslamenten. Die Arbeiterräte sind dank Görings Mauthausarbeit zur Ohnmacht verurteilt. Nun endlich sind die Gemeindevahlen für den 9. November ausgegeschrieben. Abgesehen davon, daß man der ober-schlesischen Arbeiterschaft zumutet, unter dem Belagerungszustand zu wählen, vergewaltigt der „sozialistische“ Regierungsfunktionär Göring die Wahlaktion durch das Verbot der ihm nicht genehmen Zeitung, um kein mögliches Parteigeheiß vor dem bölligen Zusammenbruch zu retten und seinen künftigen Thron zu festigen. Das muß man in dem verflochtenen Regiment Wilhelms anerkennen, zu solch niedrigen Mitteln der behördlichen Wahlbeeinflussung hat sie nie gegriffen.

Ein Klassenurteil in Frankreich.

Bekanntlich hatte sich vor mehreren Monaten die Besatzung des französischen Kriegsschiffes „La France“ im Schwarzen Meere geweigert, feindliche Handlungen gegen die russische Sowjetregierung zu unternehmen und hatte ihre Offiziere zur Umkehr des Schiffes gezwungen. Obwohl die Offiziere den betreffenden Matrosen völlige Strafflosigkeit zugesichert hatten, wurden diese nunmehr gleichwohl wegen jener Vorgänge der „Meuterei“ angeklagt und zu vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt.

Die sozialistische Presse Frankreichs gibt ihrem schärfsten Protest über diese unerhörte Verurteilung Ausdruck. Sie weist darauf hin, daß zwischen Rußland und Frankreich niemals ein Kriegszustand bestanden habe, verteidigt die revolutionäre Haltung der Matrosen, die sich nicht zu Handlungen der internationalen Bourgeoisie machen lassen wollten, und erklärt die Verurteilung mit Recht als den bloßen Ausfluß des Hasses der Büraer gegen jede proletarische Erhebung. Die „Humanität“ schreibt:

„Junge mutige Leute werden ins Zuchthaus geworfen, weil sie ihre Hilfe der internationalen Anterrevolution verweigert haben. Sie wußten, daß Frankreich nicht im Krieg mit Rußland war, und sie wollten sich nicht in einen ungerechten Kampf mischen, den man gegen die Befreiung des russischen Proletariats zu führen suchte. Es war ihr Recht und ihre Pflicht zugleich, hiergegen zu protestieren. Weil sie diese Pflicht erfüllt haben, werden sie bestraft.“

Das ist also das Urteil der sozialistischen Presse Frankreichs über die Justiz unter einer rein imperialistischen bürgerlichen Regierung, deren Prole-

Ernst Toller gegen die „Tribüne“.

Der Dichter will vor Arbeitern gespielt werden.

Das Theater „Die Tribüne“, das sich bei seiner Gründung zu revolutionärem Programm gab, um dann sehr schnell in das Bahzwasser des Kurfürstendamms hineingegeraten, hatte sich bekanntlich geweiht, vor freistehenden Arbeitern eine bereits zugesagte Vorstellung von Ernst Tollers „Wandlung“ zu geben. Von einer sich daran anschließenden inneren Krise der Direktion geugte schon das Ausschreiben des Direktors Mengler und der geharnischte Protest eines Teils der „Tribüne“-Verwaltung (mit dem Oberregisseur Karlheinz Martin an der Spitze) gegen das arbeiterfeindliche Verhalten der Leitung. Nachdem sich eine starke Mißbilligung allgemein gegen das kapitalistische Unternehmen bemerkbar machte, versenkte der neue Direktor der „Tribüne“, Herr Friedrich Kellingner, unter Umgehung der Arbeiterpresse, ein Schreiben an die „Völkische Zeitung“, in dem er seine Verweigerung der Arbeiterdarstellung damit zu begründen versuchte, daß die „Freiheit“ von „Stärkung geistlicher Forderungen im Massenkampf“ und „sozialistischer Kunst“ im Zusammenhang mit der geplanten Vorstellung (die als Veranstaltung des Bundes für proletarische Kultur gedacht war) gesprochen hätten. Der neue Direktor der „Tribüne“ lehnt in seiner Erklärung jede Verantwortung ab, die einer parteipolitischen Stellung gleichkäme. Die „Tribüne“ sollte revolutionäre Kunst bieten, aber nicht aktuelle Revolution, sondern allein ewige Revolution des Menschengeistes. Obwohl sich diese Erklärung gegen die „Freiheit“ richtet, nennt heute sogar der „Vorwärts“ diese Reden und Ausreden höchst „vor-novemberlich“, und im Widerspruch zu einem Unternehmen, das auf Vertrauen und Mitarbeit der Arbeiter rechnet.

Zwischen dem Verhalten der „Tribüne“ und dem Empfinden der Arbeiterschaft läßt ein Miß, der sich nicht verulken läßt. Wie sehr wir mit unserer Beurteilung auch im Sinne Ernst Tollers sprachen, beweist folgendes Telegramm, das er und gestern mit der Bitte um Veröffentlichung aus der Gefangenschaft in Eichstätt sandte:

„Ich habe (scharfen Protest gegen das Verhalten der Oberleitung der „Tribüne“ gegenüber den Streikenden. Mein Stück gehört nicht dem Kurfürstendamm, sondern den Arbeitern. Weitere Schritte unternommen. Ernst Toller.“

Aus der Schule.

Aus der Schule bringt Friedrich Kommer in der „Neuen Erziehung“ (sozialistische pädagogische Zeitschrift, Herausgeber: Dr. R. D. Wöhe, Unterrichtssekretär z. D. im preussischen Kultusministerium, Verlag „Gesellschaft und Erziehung“, Berlin SW. 48) einen Beitrag, der interesselose Geisteskräfte auf die gegenwärtigen Verhältnisse wirft: Zahlreiche junge Leute treten und treten nur deshalb dem Grenzschutz oder der Reichswacht bei, um auf mittellose Weise, ohne die verhasste Schularbeit loszulassen, „Jugendzeit“ mit „Boredom“ zu verbringen, was wiederum nicht wenig an die Schulkollegen und das Ministerium ganz unverbürgt die Frage gerichtet: Wie lange muß ich mich dem Grenzschutz verpflichten, um das Reifezeugnis ohne Prüfung zu erhalten? Also nicht „patriotische Motive“, die Sorge um das „bedrohte Vaterland“, sondern Kriegs- und Revolutionsromane aus dem schamlosen Ära sind die Triebkräfte ihres Handelns. Wenn die Direktoren sich übernehmend fragen, die Schüler in den Sonderkursen seien hart und indolent, so ist das wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß alljährlich ungelegene die höhere Schule besuchen, zum Teil aber darauf, daß die Schule es nicht verstanden hat, diese jungen Leute für das Gemeinwohlleben tüchtig zu machen und ihnen die rechte Meinung von der Bildungsbildung beizubringen. Aber klar wird auch, daß die Schule sich über den Einfluß, den sie auf die Jugend ausübt, schon täuscht, daß in Wirklichkeit die Schule in zwei Lager gespalten ist: über die Lehrer, dort die Schüler.

Genige Beispiele aus der jüngsten Zeit sollen das zeigen.

Nach immer bringen es Schüler und Schülerinnen nicht fertig, eine eigene Meinung zu äußern, noch immer wird direkt oder indirekt Gewissenszwang ausgeübt. Erst vor ganz kurzer Zeit hat man über 20 junge Mädchen einer Oberrealschule, die zum Teil im wohlhabenden Alter waren, nicht eine einzige genannt, in einem Prüfungsausschuß die republikanische Staatsform zu verteidigen, weil sie wohl wußten, daß der Lehrer Konradt sei. Und dabei trat in den Aufträgen ausgerechnet, daß sie sich über das Wesen der Demokratie im großen und ganzen gar nicht klar geworden waren und nur an Gründen vorbeachten, was ihr Lehrer vorher eingebracht hatte.

Wie oft mag den Schülern im Unterricht das Märchen erzählt worden sein und noch erzählt werden, daß alles Unglück dieser Tage von der Kaiserlosen, der schrecklichen Zeit komme, daß wir befreit wurden, weil die Sozialdemokratie einen Auf-

mord beging. Haben da immer diejenigen unserer reifen Jungen und Mädchen, die auch schon über Urteil verfügen und im Elternhause andere Töne zu hören gewohnt waren, gewagt, ihre Meinung zu sagen? Sie haben sich wohl getraut! Wie können sie es aber, wenn es Lehrer gibt, die eine andere als ihre Meinung als „politische Hintertreppentheorie“ bezeichnen. . . .

Die Schülerschaft einer großen Oberrealschule freilich am Seebad und veranlaßt trotz äußerlichen Verbots auf eigene Faust eine nationalistische Kundgebung. Sofort sind gewisse Kreise überzweigt bei der Hand, die diesen großen Unfug als schönen Patriotismus anzusehen. Und doch ist doch daraus nur die ganze Unmöglichkeit selbständiger Stellungnahme und der gedankenlosen Untertanigkeit. Mit wenigen Ausnahmen sind die Lehrer dieser Jungen Vertreter der traditionellen, von Kindesbeinen großgezogenen konformistischen Bestimmung. Was Wunder, wenn diese Schüler glauben, mit ihrem Dummengedächtnis trotz der ihnen drohenden Strafe, die ihnen drohend über sie wohl gar in den monatlichen Traum eines frühzeitigen Märtyrertums wiegt, die innerliche Billigung ihrer „Vorgesetzten“ zu erlangen.

In dasselbe Gebiet fallen die Schülerkreise anläßlich des Kaiserlicher-Erlasses in Greifswald, Gumburg, Dirschberg usw., und man rede mir nicht ein, diese törichten Kundgebungen seien Ausflüsse der Ueberzeugungstrennung!

Ein anderes Bild. Ein Direktor wird in der Stadtverordnetenversammlung heftig angegriffen. Ohne die Stellung der Beauftragten der Kommune abzuwarten, veröffentlicht eine Klasse (ich glaube die Obertertia) am folgenden Tage im Lokalblätchen einen flammenden Protest und ein „Vertreterskizzen“ für den im übrigen bei der Schülerschaft gar nicht sonderlich beliebten Direktor.

Diese Beispiele aus allerjüngster Vergangenheit zeigen nur zu deutlich, wie gerade die Schulergleichung demnach der Reformbedarf. Die neuen Formen, an die vielfach überdeutliche Hoffnungen geknüpft werden, werden wenig helfen, wenn nicht eine Umgestaltung der Schule im neuen Geist erfolgt. Die Lehrer werden gut tun, sich auf diese Aufgabe in erstem Maße einzustellen.

Konradt Schmidt's neues Werk „Die sozialen Aufgaben“, das ein großer politischer Roman und zugleich eine ernstlichste Bildungslehre sein will, erscheint demnächst im Verlage von Paul Cassirer, Berlin.

torierfeindlichkeit ja nur etwas ganz Notwendiges ist. Wie mag nun erst das Urteil unierer französisch-n Genossen über die von bollenndem Arbeiter- und Revolutionsrat diktierte Justiz in der deutschen „sozialistischen“ Republik lauten?

Einladung zum Eintritt in den Völkerverbund.

Verfaßtes, 15. Oktober.
Der Rat der Völkerbund, an Argentinien, Chile, Colombia, Dänemark, Spanien, Norwegen, Portugal, die Niederlande, Persien, San Salvador, Schweden, die Schweiz und Venezuela durch Rose eine Einladung zum Eintritt in den Völkerverbund zu senden. — Der Rat der Völkerbund, sofort noch Inkrafttreten des Friedensvertrages folgende Ausschüsse einzusetzen: einen deutsch-belgischen Ausschuss für Grenzfestsetzung, einen Ausschuss für das Saargebiet, sowie einen Ausschuss zur Prüfung der deutsch-polnischen und der polnisch-tschechoslowakischen Grenzen.

Verlegung der deutschen Friedensdelegation.

Verfaßtes, 16. Oktober.
Die deutsche Friedensdelegation ist heute von Versailles nach Paris übergeführt.

Die Zusammenhänge im besetzten Gebiet.

Mannheim, 16. Oktober.
Der Kommandant der marokkanischen Division in Ludwigshafen General Danau veröffentlicht in den Fremdenblätter Blättern ein Schreiben, in dem er den Verfall in Ludwigshafen (Ermordung eines 17jährigen Mädchens durch französische Soldaten) beklagt. Die schuldigen Soldaten würden verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Familie des Opfers ließ der General sein tiefstes Bedauern aussprechen. — Als Protest gegen das Vorkommnis stellen gestern Mittag die Arbeiter der industriellen Betriebe von Frankenthal die Arbeit ein.

Amnestieerlass des Generals Manin.

Mai, 17. Oktober.
General Manin hat beim Verlassen seines Kommandos verfügt, daß 106 vom Kriegsgericht des Armeehauptquartiers verurteilten Deutschen die Strafe erlassen wird und 27 in Untersuchungshaft befindliche Deutsche in Freiheit gesetzt werden.

Aufhebung der Strafvorschriften über Hochverrat in — Oesterreich.

Wien, 18. Oktober.
Von Regierungseite ist eine Vorlage eingebracht worden, durch welche die geltenden strafrechtlichen Vorschriften über Hochverrat und verwandte Delikte aufgehoben und Strafbestimmungen zum Schutz der neuen Verfassung erlassen werden. An Stelle des Verbrechens des Hochverrats tritt das Verbrechen des Volksverrats. Ein besonderer Abschnitt handelt von Strafbestimmungen gegen den Volkswillen.

Oesterreich will nunmehr also auch formell mit dem durch die Gewalt der Tatsachen längst gezielten gewordenen „Hochverrats“-Begriffe brechen. In Deutschland aber läßt man sich nicht, noch wie vor Revolutionäre wegen „Hochverrats“ anzuklagen, um sie so wegen ihrer revolutionären Taten durch ein Gesetz aburteilen zu lassen, das allein zum Schutz der Mächte des alten Regimes geschaffen war.

Die Demonstration der Frankfurter Eisenbahnarbeiter.

Frankfurt a. M., 18. Oktober.
Unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Graef als Vorsitzenden der Reichs- und Landesregierung fand heute im Eisenbahndirektionsgebäude eine Konferenz statt, an der Vertreter der Eisenbahndirektion, des Polizeipräsidenten, des Ver-

kehrsministeriums und der Bezirksämter teilnahmen und die sich mit der jüngsten Eisenbahndemonstration beschäftigte. Unterstaatssekretär Graef erklärte, daß die Staatsregierung die Forderung der Eisenbahnervertreter auf Zulassung des Verkehrsministeriums anzuordnen beabsichtigt habe. In der Konferenz waren sich die Vertreter darüber einig, daß nunmehr die Forderung auf Zulassung des Eisenbahndirektors Dr. Stapp und der anderen Direktionsmitglieder hinfallig geworden sei, da der Präsident den Beweis erbracht habe, daß er den Forderungen der Eisenbahner Verständnis entgegenbringe.

Belanntlich hatten die Frankfurter Eisenbahner am vergangenen Montag eine gewaltige Demonstration vor dem dortigen Eisenbahndirektionsgebäude veranstaltet, um die Teilnahme des von den Arbeitern gewählten Verkehrsministeriums an den Verhandlungen und das Mitbestimmungsrecht zu erlangen. Es ist bemerkenswert, daß die Behörden in diesem Falle mehr Einsicht bezeugt hat, als ein Teil der rechtssozialistischen Presse, der die Demonstration bereits zu einer Dege gegen die „parteilichste Sabotage“ der Eisenbahner ausklachtete.

Die Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Die Stellung der internationalen Bureaus.

In einer Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die vom 2. bis 4. Oktober in Amsterdam tagte, hat sich das Bureau bezüglich der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene Regelung, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen fernschreiben wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formfrage sei. Man glaubte daher die Bedingungen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und hat die dem Internationalen Bund angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Um dieser Ansicht im Widerspruch zu stehen zu der Haltung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam und es erscheint fraglich, ob sich die deutschen und österreichischen Gewerkschaften dieser Auffassung anschließen werden.

Englisches Ultimatum an Berzon.

Verfaßtes, 15. Oktober.
Nach Meldung des Antragsantrag hat der Kommandant der britischen Besatzungstruppen in der Dnieper an Oberst Berzon ein Ultimatum gerichtet, die Besatzung von Riga bis Donnerstag Mittag zu räumen, widrigenfalls die Stadt bombardiert werde.

Wer beschließt Riga?

Am den Wochtag Riga wird seit einigen Tagen heftig gekämpft. Die Stadt liegt unter dem heftigen Feuer der sowjetischen Geschütze. Wer sind nun diese Freunde des lettischen Volkes? Nach Meldung von lettischer Seite handelt es sich bei den Angreifern ausschließlich um deutsche Truppen. Als wir letzten eine solche Meldung brachten, behauptete sie der „Vorwärts“ in seiner sattem bekannten Art als Sensationsmacherei. Er behauptete dabei, es müsse auch bekannt sein, daß in Riga kein einziger deutscher Mann kämpfe, über den ein deutsches Kommando Befehlsgewalt hätte. In seiner gestrigen Abendausgabe aber schreibt er in einer Redaktionnotiz: „Die Deutschen sind dabei (bei dem Kampf gegen Riga, d. R.) sehr betrübliche Gegner, da sie über Artillerie verfügen. Sie schließen damit auf Riga, das in den Händen der vereinigten Letten und Esten ist.“

Der „Vorwärts“ gibt also damit selbst zu, daß es fast ausschließlich Deutsche sind, die gegen Riga vorgehen. Damit tragt er seine Behauptungen, die er gegen uns aufgestellt hat, selber Lügen und seine Polanz, die er gegen uns führen zu können glaubt, wird von ihm selber als ganz gewöhnliche Stimmungsmache, der jeder sachlichen Unterlage gekennzeich-

Wie wollen bei dieser Gelegenheit aber noch einmal mit aller Deutlichkeit hervorheben, daß die sogenannten „russischen“ Formationen, die gegen die Letten kämpfen, ohne deutsche Hilfe keinen Schutz auf die lettischen Dörfer, Städte und Menschen abgeben könnten. Denn die Granaten und Infanteriegeschosse sind ihnen nicht aus der Luft gefallen, sondern von deutschen Militärbehörden in die Hände gespielt worden. Ohne Unterstützung Deutschlands könnte also Oberst Bermond keinen einzigen Schuß auf Riga abgeben. Außerdem ist es ja, daß bei dem Kampf gegen Riga nur deutsche Truppen, also keine „russischen“ zur Verwendung kommen. Darüber werden von Katschinsk folgende Einzelheiten gemeldet:

Entgegen den irreführenden Meldungen Wolffs und der deutschen Presse über angebliche Nichtbeteiligung deutscher Truppen am Angriff gegen Lettland ist festzustellen: Bei den Kämpfen bei Olai und Riga waren die gemachten Gefangenen aus Olai ebenso wie aus Bermond's Truppen fast ausnahmslos Reichsdeutsche, welche erst unlängst aus Bayern nach Lettland gebracht worden sind. Es ist durch Zollschennmaterial bewiesen, daß trotz der Ententeerklärung kein Militärtransport, sondern neuer Antransport deutscher Truppen stattgefunden hat. Ebenso ist das Eintreten Reichsdeutscher in russische Formationen durch die deutsche Regierung nicht verhindert worden. Die richtigen nationalen Russen aus den Bermond's Truppen beteiligen sich am Kampfe gegen Letten nur unter dem Zwang der Deutschen, weil sie sich der alten Waffenbrüderschaft von Russen und Letten gegen Deutsche während des Weltkrieges entsinnen.

Der Allgemeine Bund der Gewerkschaften hat sich wenig gebeeht. Das Budget ist bis auf 37,7 Mill. zurückgegangen.

Gewerkschaftliches.

Tarifabschluss der Photographen.

In einer gut besuchten Versammlung nahmen die Kameraden dem abgeschlossenen Jahrestarif Stellung. Die Versammlung stand einmütig auf dem Standpunkt, daß über die Tarifverhandlungen umgehend neu verhandelt werden müßte. Der wöchentliche Mindestlohn beträgt im 1. Quartal 45 M., plus 15 M., bis zum 31. Jahre 60 M., plus 15 M., für die übrigen Gehälter 60 M., plus 20 M., über 60 M. bis 70 M., plus 17,50 M., nicht unter 80 M., über 70 M., plus 14 M. Zulagezulage, nicht unter 87,50 M. Bei Gehältern von 700 M. in oben 10% Zulagezulage gewährt. Eine Prämie dürfen nicht unter 75 M. Grundlohn bezahlt werden. Weitere Lohn- und Arbeitsverhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden. Die Arbeitszeit beträgt 47 Stunden wöchentlich. Ferien werden nach 1 Jahr 6, nach 2 Jahren 12 aufeinanderfolgende Arbeitstage als bezahlter Urlaub gewährt. Überstunden werden die ersten 2 Stunden mit 25 Proz., bis 10 Uhr abends mit 33 1/3 Proz., nach 10 Uhr mit 50 Proz. bezahlt. Die 4 Sonntage der Beurlaubten werden mit 50 Proz. laut mit 100 Proz. Zuschlag vergütet. Die Beurlaubten erhalten folgende Höhe: Vorrat 0,70 M., Rohwoll 1,40 M., Weißtuch und Gruppen 1,80 M., 1894 Anstieg 2,75 M., Weißtuch und Gruppen 3,50 M., große Formate nicht unter 4,50 M. Copierarbeiten und Empfangsböden dürfen im Sommerhalbjahr 3 Stunden, im Winter 4 Stunden Sonntags beschäftigt werden, dafür ist in der Woche ein halber Tag frei zu geben. Der Tarif gilt vom 1. September 1919 bis 1. Oktober 1920. Die Tarifverhandlungen können von 14 bis 18 Uhr den Verhandlungen entsprechend geregelt werden. Zum Schluß der Versammlung forderte der Orator die Anwesenden auf, den Metallarbeitern, die einen Kampf für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands führen, jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Bei der Zusammenkunft der Tarifkommission sind alle diesbezüglichen Zuschriften an Kollegen Boie, Berlin O 112, Himmelsr. 7, zu richten.

Die Feinste- und Messingarbeiter West-Berlin nahmen am Mittwoch in einer überfüllten Versammlung den Bericht der Tarifkommission entgegen. Wie der Berichterstatter Komrad mitteilte, hatten die beiden Vertragsparteien, nachdem das Angebot der Arbeitgeber von 5 M. Zulage pro Woche auf die bisherigen Löhne seitens der Arbeiter als unannehmbar abgelehnt wurde, den Schlichtungsausschuss zur Entscheidung angerufen. Dieser sollte nunmehr einen Schlichtungspreis, wonach ab 1. Oktober 1919 der Wochenlohn beträgt: für gewöhnliche Arbeiter 110 M., bisher 90 M., Feinstarbeiterinnen 80 M., bisher 60 M., bei Anfängern

Wie die Erdoberfläche entsteht. Eine neue Theorie.

Während die Geologen sich bisher die Kontinente und Ozeane durch plötzliche Zusammenziehungen der starren Erdkruste über einem feurigflüssigen Erdinneren entstanden dachten, durch Kontraktionen, die eine Folge der langsamen Abkühlung des Planeten waren, wird jetzt diese Kontraktionstheorie mehr und mehr durch die von Alfred Wegener begründete Zerreihtungstheorie verdrängt. Danach besteht, so führt die „Naturwissenschaftliche Wochenschrift“ in einer Besprechung des Wegenerschen Buches über „Die Entstehung der Kontinente und Ozeane“ aus, der Erdkern aus Nickelstahl, der sich infolge der Strahlungswärme wahrscheinlich eher noch stärker erhitze, als daß er fortschreitend abkühlt. Um diesen Kern ist eine in der Hauptsache aus Silizium und Magnesium zusammengesetzte Schicht von gewaltiger Schwere und einer Dicke von etwa 1400 Kilometern gelagert. Auf dieser Schicht ruht unsere Kontinente als oberste Zone des Erdmantels aufgelagert, und zwar in der geringen Dicke von ungefähr 100 Kilometern, also nur einem Dreihundertstel des Erdradius. Vorwiegend besteht diese Schicht aus Silizium und Aluminium und schwimmt sozusagen, da sie von viel geringerer spezifischer Schwere als die unter ihr lagernde Masse ist, auf dieser. Wo aber auf der Silizium-Magnesiumschicht keine Kräfte wirken, eben die Kontinente bildenden leichteren Massen angeordnet sind, da sind die Massen von den Ozeanen ausgefüllt. Es gilt also auch mit der Anschauung zu brechen, daß unsere Kontinente früher teilweise Meerboden gewesen seien, und daß der Grund der Ozeane von verflunkenen Festländern gebildet wurde. Die Meere stützen unmittelbar auf der Oberfläche der weit schwereren Mittelschicht, und wenn man heute auf dem Festland Spuren von Meerestritten und Seeschwämmen begegnet, so läßt das lediglich auf eine zeitweilige Heberschwemmung der Kontinente schließen.

Die heutigen fünf Kontinente kennt Wegener folgendermaßen entstanden: Sowohl die amerikanisch-asiatische als die atlantisch-afrikanische Kontinentalmasse einseitig, wie Südamerika, Ostasien, Vorderindien und Australien andererseits haben ursprünglich eine einzige Kontinentalmasse gebildet. Diese hat sich dann im Tertiär-Zustande gespalten, zwischen Amerika und Europa-Asien entstand die gewaltige Spalte, die dem Atlantischen Ozean ausgefüllt wurde, und die sich im Laufe der Jahrmillionen immer mehr und mehr verteilte. Beide Kräfte solcher

gewaltigen Veränderungen auf der Erdoberfläche hergerufen haben, steht nach Wegener; besteht die Annahme zu Recht, daß der Erdkern an Höhe zugenommen statt abgenommen hat, so liegen sich diese gigantischen Zerreihtungen vielleicht durch eine Wärmeausdehnung erklären.

Die Gebirge der Erde lassen sich in Faltengebirge, moju u. a. der Himalaja und die Cordilleren gehören, und in Randgebirge, wie den Schwarzwald und die Pyrenäen, einteilen. Die Erstgenannten sollen in der Weise entstanden sein, daß zuerst die leichtere oberste Schicht zerriß, während die gewaltig zähe Mittelschicht noch Widerstand leistete und sich erst später durch Zugwirkung spaltete. Durch diese verschiedene Geschwindigkeit der Verschiebung der unteren und der oberen Regionen entstanden die Gebirgsfalten der starren Oberfläche. Und als zu Beginn des Zerreihtens nur die obersten Schichten klappten, klappten die schweren Gesteinsmassen am Rande in die Spalte hinab. Dadurch, außerdem durch Gleichgewichtsstörungen und durch den Druck der Oberflächengesteinsmassen im Innern der im Entstehen begriffenen Kontinente nach außen wurden die von den abgestützten Gesteinsmassen betreten Schichten muskeltartig emporgehoben. So entstanden die in ihrer Schichtung keine Falten aufweisenden Randgebirge.

Für die Richtigkeit dieser Wegenerschen Hypothese spricht vornehmlich die Tatsache, daß, wenn man sich in den amerikanischen und die europäisch-afrikanischen Kontinente aneinandergelegt vorstellt, überall Einbuchtungen genau in Vorsprünge hineinpassen, und daß sich auch in den gleichen geographischen Breiten über die Ozeane hinweg immer die gleichen geologischen Schichten, die gleichen Erzlager, sowie eine verwandte Fauna und Flora fortsetzen.

Die Esperantostellung im Herrenhause hatte nunmehr Redner und Kulturhistoriker als Referenten aufgeführt Heinrich Kienlamy kennzeichnete die Vorteile des Esperanto als Kunst- und nicht „aufgeblasenes Nationaldeutsch“. Dem schlossen sich als Referenten an Prof. G. B. Kicokal, der dem Esperanto als Wissenschaftler das Wort redete und in ihm ein Mittel für den Weltkämpfer sah, seine Gedanken unmittelbar der fremden Nationalität zu übermitteln, ohne auf erst entstehende oder doch zumindest mangelhafte Uebersetzungen angewiesen zu sein. Gehleim Prof. Dr. Hans Schmidt beurteilte als Schulmann Esperanto von diesem Standpunkte aus und erwähnte als besonderen Veranlaß die leichte Erlernbarkeit. Er forderte die Ein-

führung des Esperanto als Obligationssach nicht nur auf Schulen, sondern auf Volks- bzw. Einzelstufen. Graf F. v. S. h. e. l. e. r. beauftragte dem Diplomatenstandpunkt auf diese Sprache und deren Vorgehen für Völkerverträge, Handels- und Weltgesetzbücher, Weltarbeitertrecht usw.

Ausstellungseröffnung. Heute Mittag findet die Eröffnung der gemeinsamen mit dem National-Englisch-Museum Dresden veranstalteten Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in den Landratsgebäudehallen am Lebrter Bahnhof statt. Sie soll durch bildliche, plastische und tabellarische Darstellungen über Wesen und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unterrichten.

Der Arbeiter-Verband veranstaltet am Sonntag den 26. Oktober, um 7 Uhr abends in der Stadthalle (Klosterstraße) einen Kunstabend, an dem Rosa Düring (Regina), Ida Parth zur Nieden (Glorie), Nikolai Landman (Hilke) und Leo Reichenberg (Mabier) mitwirken werden. Der Reinertrag ist für die Erziehung eines Kindes- und Jugendheimes bestimmt. Karten sind zu haben in der Buchhandlung „Freiheit“, im Gewerkschaftshaus, in der Buchhandlung der Freien Volksbühne und in den durch Plakate bezeichneten Verkaufsstellen.

In der Volkshalle in Hoffenauerstraße Deana „Prezigt in Ellau“ in Vorbereitung. Die Aufführung findet am 1. November statt.

Vollständigen Konzert. Das einzige Konzert von Frau Wanda Landowska in dieser Saison findet im Rahmen des Verbandes der Freien Volksbühnen am Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Bülowplatz statt. Frau Landowska wird aus der Geschichte der Violon und Walter Werle auf dem Cembalo und Klavier vortreten. Karten zu 2 M. einschließlich Kleiderobole sind in den Warenhäusern von Hermann Tiegel, in der Volksbühnenbuchhandlung, Alexander Straße 68, und in der Geschäftsstelle des Verbandes der Freien Volksbühnen, Damerstr. 297, zu beziehen.

Die Leitung der Stadthalle hat mit Richard Strauß ein Abkommen getroffen, wonach er im Laufe des Oktober und November 8 Aufführungen eigener Werke leisten und 4 Sinfonie-Konzerte der Operette der Stadtoper dirigieren wird, von denen das Erste am 28. d. M. stattfindet. Die Eröffnung der „Arou ohne Schatten“ unter musikalischer Leitung des Herrn Generalmusikdirektor Leo Reich ist auf Anfang Januar festgesetzt. Als nächster Reuehellen der Stadtoper werden in Szenen: Am 11. November Eugen d'Alberts „Bitter von Olivera“ und im Dezember die einaktige komische Oper „Suzannens Geheimnis“ von Wolf Ferrand sowie zwei Operettenwerke, das Ballett „Die in das Blumen“ von Paul von Kienau und „Sibylle“ von Heinrich Krollen.

